

Die Freiheit

Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 101A.
Verleger: Amt Norden 2493 und 2494.

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 101V.
Verleger: Amt Norden 2705.

Die „Freiheit“ erscheint zweimal täglich, morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin monatlich 2 M. Für die Erledigung auswärtiger Bestellungen ist vorherige Einlösung der Bezugsgebühr erforderlich. — Die „Freiheit“ ist im ersten Nachtrag der Postumschlagliste für 1919 eingetragen und kostet bei direktem Postbezug ohne Bestellgebühr monatlich 2 M., bei Zustellung unter Streifen 4 M.

Berliner Organ

Interate kosten die Nebenzugspalten Konpatellenteile ober deren Raum 70 Pf. „Kleine Anzeigen“ das selbgedruckte Wort 30 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf. Die dreispaltige Reklameweile 3 M., Teuerungszuschlag 30 %. Bei Familienanzeigen, Versammlungsanzeigen von Gewerkschaften und politischen Organisationen fällt der Teuerungszuschlag fort. Interate für den darauf folgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr abends bei der Expedition, Schiffbauerdamm 10, aufgegeben sein.

der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Jahrgang 2

Wittwoch, den 8. Januar 1919

Nummer 14

Verhandlungen noch nicht wieder aufgenommen

Die Lage.

Die Verhandlungen, die um 10 Uhr wieder aufgenommen werden sollten, konnten wegen der Verkehrsschwierigkeiten zu dieser Stunde nicht beginnen.

Um Mittag treten die einzelnen Parteien zu Vorverhandlungen zusammen. Danach sollen im Reichskanzlerpalais die gemeinsamen Verhandlungen mit der Regierung und dem Zentralrat wieder aufgenommen werden.

In der Stadt dauern die Schießereien an. Regierungstruppen und bewaffnete Anhänger der Rechtssozialisten machen sehr oft von den Feuerwaffen Gebrauch.

In der Nacht ist es zu Kämpfen um die besetzten Gebäude und um die „Rote Fahne“ gekommen. Acubierungen sind dadurch nicht eingetreten.

Die Straßenkämpfe.

Die Schiffe, die die ganze Nacht die Straßen der Stadt Berlins durchstreifen, gaben zu den wildsten Gerüchten Anlaß. Heute morgen hieß es, die „Rote Fahne“ sei gestürmt worden, nachdem das Gebäude vorher durch Artillerie beschossen worden sei. Auch am Bahnhof Friedrichstraße und an den Gebäuden der Druckereien von Mosse, Scherl und Ullstein sollten durch Kämpfe große Verstörungen angerichtet sein.

Ein Gang durch die Stadt beweist, daß von alledem nichts richtig ist. Zwischen 8 und 10 Uhr abends haben sich vor dem Potsdamer Platz

Kämpfe mit Sandgranaten und Infanteriegewehren abgepielt. Die revolutionären Arbeiter und Soldaten wollten den Potsdamer Bahnhof besetzen, um den Einmarsch von Regierungstruppen zu verhindern. Der Angriff wurde aber abgeschlagen. Von 11 Uhr an spielten sich

vor dem Anhalter Bahnhof

ebenfalls Kämpfe um seinen Besitz ab. Die Revolutionären ainen mit Sandgranaten und Maschinengewehren vor; es gelang ihnen aber auch hier nicht, den Bahnhof zu besetzen. Die Häuser der Umgebung, ebenso der Bahnhof weisen verschiedene Schußspuren auf. Am Bahnhof Friedrichstraße haben keine Kämpfe stattgefunden.

Nach Mitternacht wollten Regierungstruppen die

Druckerei der „Roten Fahne“

stürmen. Sie kamen mit Sandgranaten vor und verwendeten ebenfalls auch abballte Ladungen. Den daraus hervorgehenden Explosionen entsprang das laute Getöse, das Anlaß zu dem Gerücht gab, das Gebäude der Roten Fahne sei durch Artillerie zerstört worden. Der Angriff ist aber abgeschlagen worden. Die Anhänger des Spartakusbundes hatten sich verhascht und sthen nach wie vor fest in dem Gebäude. Lediglich der Druck der „Roten Fahne“ wurde durch den Angriff verärrert.

In den frühen Morgenstunden versuchten Regierungstruppen das

Postische Telegraphenbureau

zu stürmen. Sie kamen mit einem Panzerauto und eröffneten das Feuer. Der Angriff wurde zurückgewiesen. Die Revolutionäre verloren durch diese Beschichtung einen Toten. Die Regierungstruppen sollen 7 Tote und eine Anzahl Verwundete auf dem Kampfplatz zurückgelassen haben. Die Gebäude von Scherl und von Ullstein sind nach wie vor fest in der Hand der Revolutionäre. Die Besetzung zeigt einen sehr entschlossenen Willen und ist bereit, die Gebäude um jeden Preis zu halten.

Vor der Mosse-Druckerei

Kam es nach Mitternacht ebenfalls zu kleinen Kämpfen. Auch diese wurden abgeschlagen. Man sieht einige zerbrochene Fensterscheiben, sonst sind keine weiteren Verstörungen festgestellt.

Das „Vorwärts“-Gebäude

befindet sich ebenfalls noch im Besitz der revolutionären Arbeiter und Soldaten. Auch der Schlesiische Bahnhof wird nach wie vor gehalten.

Das Stadtbild hat durch den

Streik der Straßenbahner,

der heute morgen einsetzte, eine wesentliche Veränderung erfahren. Kein Straßenbahnwagen durchkreuzt mehr die Stadt. Die ausständigen Straßenbahner ziehen in großen Scharen nach dem Großen Stern im Tiergarten. Viele Straßen sind leerer als zu gewöhnlichen Zeiten. Nur an einzelnen Stellen stauen sich die Menschen und besprechen die Ereignisse. Allgemein herrscht der Wunsch, die Regierung möge nachgeben, möge sich auf Verhandlungen einlassen und die revolutionären Arbeiter und Soldaten nicht zum äußersten treiben.

Nach 10 Uhr zogen wiederum Trupps revolutionärer Arbeiter und Soldaten mit roten Fahnen und Standarten der

Siegessäule

zu. Gegen 11 Uhr hatte sich dort wieder eine beträchtliche Menschenmenge angesammelt. Das Reichstagsgebäude ist in eine wahre Festung verwandelt worden. Von jedem Balkon herab richten drei bis vier Maschinengewehrläufe sich drohend auf die Umgebung. Aus den Fenstern und Türen sieht man Gewehrläufe ragen. Das Brandenburger Tor ist durch eine Postenfette gesperrt, die Soldaten und Zivilisten, die hier Wache halten, sind mit einem Vanzel von Sandgranaten umgeben. Auf dem Tore weht die rote Fahne, die bei den gestrigen Kämpfen von revolutionären Arbeitern und Soldaten aufgefängt wurde.

Das Reichstagsgebäude wird von schwerbewaffneten Soldaten abpatrouilliert. Die Stimmung ist äußerst gespannt, die Soldaten haben das Gewehr meist schußfertig. Dadurch entsteht natürlich eine ungeheure Gefahr. Jedermann weiß, wie schnell bei einem entscheidenden Gewehr ein Schuß losgehen kann, geschieht dies, so nehmen die andern Bewaffneten sofort an, es sei aus der Menge auf sie geschossen worden, und eine entsetzliche Anallerei setzt ein, ohne daß eine eigentliche Ursache dazu vorgelegen hätte. Einen solchen Vorgang haben wir vormittags gegen 11 Uhr mit eigenen Augen vor dem Reichstagsgebäude beobachtet. Durch die Stimmung, die durch vielerlei Gerüchte immer gespannter wird, erhöht sich die Gefahr des unnützen Schießens immer mehr. Unschuldige müssen dabei ihr Leben lassen.

Auch

vor der Wilhelmstraße.

Ecke Unter den Linden, ist es vormittags gegen 11 Uhr zu einer Anallerei gekommen. Die Wilhelmstraße ist abgeblockt, es waren außer den Regierungstruppen weit und breit keine bewaffneten Personen zu sehen. Lediglich Neugierige haben sich angelammelt. Um diese zu vertreiben, wurden Schreckschüsse abgegeben. Ein Regierungssoldat, der von diesen Schreckschüssen nichts wußte, nahm an, es sei ein Angriff auf sie geplant. Er schoß auf die Menge und verletzte dabei einen Neugierigen am Arm.

Die Schießerei vor dem Reichstagsgebäude und in der Umgebung hält noch bis in die Mittagstunde an.

Maschinengewehrfeuer auf Passanten.

Nach 11 Uhr vormittags kam es zwischen Reichstag und Brandenburger Tor wieder zu einer Schießerei. Mehrere Gruppen von Passanten fanden sich auf den Bürgersteigen und unbewaffnete Feldgrauen unterhielten sich lebhaft mit den zur Wächterung aufgestellten mit Gewehren bewaffneten Mannschaften der Sicherheitswehr. Diese schrien auch Passanten auf Befragen, ob der Weg frei sei, ungehindert passieren. Ohne jeden ersichtlichen Anlaß wurde plötzlich Maschinengewehr- und Gewehrfeuer auf die Passanten eröffnet, die eilig in die Dorfschneestruhe flüchteten. Anscheinend wurde aber niemand verletzt. Doch sollen bei einer Schießerei in der Wilhelmstraße ein Toter und mehrere Verwundete zu Festgenen sein.

Eine symptomatische Kundgebung.

Die zu eingehender Beratung versammelten Vertrauensleute aller politischen Richtungen der Sozialdemokratie von der Flugzeugmeisterei Adlerhof sind zu der einmütigen Ansicht gekommen, daß die Versoren der letzten Volksbegehren die Ursache allen Bruderkampfes sind und infolgedessen ihren Votum sofort zu veröffentlichen haben, um weiteres unnützes Blutvergießen zu verhindern.

Die Funktionen der 12 000 Mann starken Belegschaft der Flugzeugmeisterei Adlerhof.

Die Resolution ist dem Zentralrat überwiesen worden.

Ein Bericht der Regierung.

Die Volksbeauftragten veröffentlichen über die letzten Vorgänge folgenden Bericht:

Am Sonntag begaben sich der neuernannte Polizeipräsident von Berlin, Eugen Ernst, und der Stadtkommandant Leutnant Fischer in das Polizeipräsidium, um von dem am Sonntagabend abgesetzten Präsidenten sich über die Uebergabe der Geschäfte zu verhandeln. Der ehemalige Polizeipräsident weigerte sich zuerst, die beiden Herren zu empfangen, und als er sich endlich dazu bequimte, demonstrierte er seine „freundlichen“ Gesinnungen durch einen geladenen Revolver, der seinen Amtsstuhl zertrümmerte. Er erklärte, er erkenne die Entlassung durch das preussische Ministerium des Innern nicht an. Wenn er auch im preussischen Ministerium des Innern benommen worden sei, so habe er doch nicht Gelegenheit zu einer anfälligen Antwort auf die gegen ihn erhobenen Anklagen gehabt. Er sei vom Berliner Volksrat abgesetzt, und werde nur dessen Befehle folgen.

Da sich die Sicherheitswehr nach einigen Diskussionen auf denselben Standpunkt stellte, trafen Polizeipräsident Ernst und Stadtkommandant Leutnant Fischer zum Zentralrat, dem rechtlichen Nachfolger des Volksrates der Berliner Arbeiter- und Soldatenrats, Anwesenheit hatten die Demonstrationen eingeleitet, die von dem Spartakusbund in Verbindung mit den revolutionären Obleuten der Großbetriebe und der Sozialorganisation der Unabhängigen Sozialdemokratie in Szene gesetzt worden waren. Im Laufe dieser Demonstrationen kam es zu der widerrechtlichen Besetzung des „Vorwärts“, in dessen Druckräumen mit handlicher Wut gehaust wurde, und zur Besetzung der bürgerlichen Zeitungen und des W. T. B. Als die Regierung sich diesen desolaten Zuständen gegenüber sah, rief sie ihre Anhänger noch in der Nacht auf Montag zum Generalkrieg und zu gewaltigen Demonstrationen gegen den Terror einer brutalen Unterwelt auf.

Schon am frühen Morgen nahmen diese Demonstrationen riesenhafte Charakter an und vor dem Reichskanzlerhaus hatte sich eine unbefehrbare Menge, die immer wieder ihre Entrüstung gegen das triole Verhalten von Spartakus den lebhaftesten Ausdruck ließ. Die Teilnehmer der Demonstrationen für die Regierung waren aber, im empfindlichen Gegensatz zu Spartakus, durchaus unbewaffnet.

Anzwischen kam es durch das Auftreten der Spartakusvarden in der Albrechtstraße, Unter den Linden, am Potsdamer Platz, zu Schießereien, die leider Opfer forderten. Das Tollste aber war, daß sich um 10 Uhr eine Abordnung des Spartakusbundes mit der roten Fahne der Postenfeste der Regierungstruppen am Wilhelmstraße näherten, um sie, unter Berufung darauf, daß die Reichsanstalt von Spartakus in ungesetzlicher Weise besetzt sei, zur Uebergabe der Waffen aufzufordern. Als die Vertreter der Regierungstruppen diesen Wunsch an ihr Kommando übermitteln wollten, wurden sie hinterhältig feige beschossen und erlitten schwerliche Verluste. Angeht dieses Mordmord sah sich das Kommando der Schutztruppe zu energischer Weigerung gezwungen. Ein Maschinengewehr trat in Tätigkeit und in verhältnißmäßig kurzer Zeit war die Straße rein gesäubert. Die Spartakisten nahmen ihre Gefallenen mit.

Während dieser Vorgänge in Berlin hatte sich die Zentralleitung der Unabhängigen entschlossen, ihre guten Dienste als ehrliche Helfer anzubieten, womit sie sich gleichzeitig zu der Berliner Sozialorganisation ihrer eigenen Partei in einen gewissen Gegensatz setzte. (7) Mit diesem Antrage erklärten in der Reichsanstalt die Herren Litzmann, Breitweib und Kautsch, denen sich indes noch Ebn-Nordhagen zugesellte. Auf ihre Frage nach dem Verhandlungswilligen der Regierung wurde erklärt, daß die Regierung natürlich jede Maßnahme bedürfte, Blutvergießen und den Bruderkampf in den Straßen Berlins zu verhindern. Während diese Verhandlungen aber eingeleitet wurden, tobte draußen Spartakus weiter, suchte das Kriegsministerium zu beschaffen und die Betriebsbeamten der Eisenbahndirektion zu erz-

treffen, und sich selbst in dem Direktionsgebäude mit Handgewehren und Revolvern bewachen lassen, um die Sicherheit des Reichsministeriums zu sichern.

Der erste Entschluß zum Kampf gegen den Terrorismus lag der Regierung zahlreiche Kräfte aufzubringen, die bald in die alten Formationen eingereiht waren. Die Regierung hat sich nicht entschlossen, ein Verbot zu erlassen, in dem Mitglieder der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften auf ihre Mitgliedschaft hin gegen den Terror bewahrt werden. Ein dieses Verbot zu erlassen ist das Verlangen des Reichsminister Reichard.

Inzwischen trafen die von den Unabhängigen Vermittlern angebotenen revolutionären Elemente der Berliner Werkbetriebe in der Reichsmarine ein. Es war bereits 1 Uhr nachts. Es stellte sich heraus, daß an eine Einigung in dieser frühen Morgenstunde nicht zu denken war. Denn die Regierung hat mit aller Entschiedenheit die Wiederherstellung des status quo, d. h. die Räumung aller besetzten Gebäude, als Vorbedingung für den Eintritt in die eigentlichen Verhandlungen bezeichnet. Tatsächlich kam aus dem Einigung nicht zustande, und angesichts der weit vorgerückten Zeit — es war inzwischen 8 Uhr morgens geworden — wiederholte die Regierung ihre Forderung, daß sie nur dann von der Waffe Gebrauch machen werde, wenn von der anderen Seite von der Waffe Gebrauch gemacht wird. Da die Elemente eine inhaltlich gleiche Erklärung abgaben, kam es zur tatsächlichen Waffenruhe. Wie diese Waffenruhe aber eingehalten wurde, bemerkt am Schluß des Berichtes, daß um 8 Uhr morgens eine Bombe geworfen wurde, die die Lindenbrücke am Schiffbauerdamm mit vorgerolltem Revolver schürfte und den dort provisorisch hergestellten Verweis „Schlagnahme“ und die gedruckten Gegenstände in die Luft warf.

Die Verhandlungen werden Dienstag um 11 Uhr vormittags fortgesetzt. An ihr nehmen teil: die Reichsleitung, der Zentralrat und die revolutionären Elemente sowie die vier vermittelnden Unabhängigen. Die Regierung beharrt darauf, daß vor Eintritt in Verhandlungen für die schnelle Räumung der widerrechtlich besetzten Gebäude gesorgt wird.

Einem Vertreter der „Deutschen Volkszeitung“ gegenüber hat die Reichsregierung eine noch erklärt:

Die Tatsache, daß angeblich sozialdemokratische Organisationen in der letzten Revolutionstunde die Pressefreiheit zum Gegenstand einer Verhandlung machen, ist wohl ohne Beispiel. Die Regierung hat sich um jeden Preis um den Kredit gebracht, wenn sie auf ein so merkwürdiges Verlangen eingegangen wäre.

Daß die Befreiung eines widerrechtlichen Eingriffes, wie die Befreiung der Eisenbahnstation, zu einem Angriff der Regierungstruppen geführt wird, zeigt ebenfalls die verkehrte Welt, in der die Unrechtsverhältnisse leben.

Die Rahmung des Eisenbahnstreikes und damit der Aufnahme aller Fahrpläne ist und sollte hätte gedroht, wenn die Regierung nicht sofort zu der Wiederbefreiung geschritten wäre.

Die revolutionären Elemente werden sich möglichst rasch dem neuen Verhandlungsstand einfügen. Die Regierung hat ihren Bedingungen nichts abhandeln lassen.

Soweit der Regierungsbericht, dessen Einseitigkeit in die Augen springt. Aber auch aus ihm geht klar hervor, daß die Regierung das Bestehen hat, die Verhandlungen hindern zu wollen, in der Meinung, unterdessen ihre Machtmittel zu vermehren. Sie verhandelt nicht im Geiste der Verständlichkeit, sondern in dem der Autorität. Sie denkt nicht daran, daß sich Sozialisten gegenüberstellen, feindliche Brüder war, aber doch Brüder. Aus ihr spricht die kalte heraldische „Staatsraison“. Sätze ein Kurzer über Bureaukratie auf diesen Wägen, sie würden nicht anders sprechen als Oberst, Scheidemann und Landberg.

Die hirteliche Regierungsgarde?

Ein Mitglied des Studentenrats der Universität Berlin teilt uns folgendes mit:

Am 7. Januar fanden in der Universität und in der Technischen Hochschule Versammlungen statt, in denen Professor Alfred Weber zum Eintritt der Studenten in die freiwilligen Rekruten der Regierung aufforderte. Aus den Mitteilungen des Herrn Prof. Weber und verschiedener anwesender Offiziere, die an der Organisation beteiligt sind, ging hervor, daß diese Bildung von der Obersten Seeresleitung auf Anforderung der Reichsregierung aussteht. Die Rekruten sollen ganz nach dem früheren militärischen System ausgebildet werden; Soldatenräte werden nicht angewählt. Die eintretenden Freiwilligen erhalten dieselbe Charge die sie im Militärdienst gehabt haben. Den Studenten wurde angedeutet, daß sie im Falle ihrer Meldung gemeinsam einreisten würden. Nur Anmeldung wurde ihnen die 4. Garde-Infanterie-Division in Dahlen empfohlen. Die Offiziere haben vollkommene Disziplinargewalt; überhaupt soll nach den Ausdrücken der Redner eine strenge militärische Disziplin erwahrt werden. Die eintretenden Freiwilligen werden auf die sozialistische, demokratische Republik und die letzte Regierung verpflichtet. Die Leitung liegt in den Händen verschiedener höherer Offiziere der Obersten Seeresleitung. Die Organisation acht gegen Unruhen und Unordnung, welche von den demonstrierenden Arbeitern verursacht werden. Es soll schon am Montag an verschiedenen Stellen von ihnen einmarschieren werden sein.

Es ist bezeichnend, daß die mehrheitssozialistische Regierung sich bei den Vertretern des alten militärischen Systems und bei dem Bürokratismus aufsucht. Den angeblich hinter ihr stehenden proletarischen Massen scheint sie also kein besonderes Vertrauen zu schenken.

Für den 53er Ausschuß.

Wir berichten im Morgenblatt über die gestern hier stattgefundenen mächtige Kundgebung für den Zentralrat der Marine. Aus dem Reich liegen bereits weitere Meldungen vor:

Der Reichsminister Reichard hat als Vertreter der Marineangehörigen der Nordsee erhebt energisch Protest gegen die beschlossene Reduzierung des Meer-Ausschusses (Zentralrat) der Marine auf fünf Mann. Die durch den Reichsminister bisher ausgeübte Kontrolle im Reichsmarineamt kann nicht durch so eine geringe Zahl weitergeführt werden. Aber Einfluß der Marine auf die Behandlung ihrer ureigenen Angelegenheiten gingen ihr damit verloren. Der absolute Einfluß würde in die Hände derjenigen zurückgefallen werden, die zu befehligen wir als revolutionäre Sozialisten die Pflicht haben. Wir erklären im Namen der Marineangehörigen der Nordsee, daß wir unter allen Umständen darauf bestehen werden, daß mindestens 20 Mitglieder des Zentralrats der Marine als oberste Kontrollbehörde des Reichsmarineamts weiter fungiert. Wir würden an diese Forderung

die Mitteilung, daß wir, falls die Volkswirtschaften sich weigern, die nachzugehen, sämtliche Genossen des Meer-Ausschusses zu verhaften werden und daß von diesem Augenblicke an die Verfügungen, die vom Reichsmarineamt erlassen werden, für und keine Geltung besitzen.

Oberster Soldatenrat Kiel:
Nach Vereinbarung mit Nordseeoffizieren halten wir daran fest, daß eine Reduzierung des Ausschusses unter 25 Mann nicht statfinden darf. Wir fordern für unsere Vertreter nicht nur beratende Stimme, sondern das Recht der Mitbestimmung in Marineangelegenheiten. Ob die bisherigen Vertreter bleiben oder abberufen werden, wird noch bestimmt.

Die am 3. Januar 1910 tagende Versammlung des Arbeiter- und Soldatenrates Cuxhaven hielt sich auf den Boden der sozialistischen Republik und erklärte, daß es unbedingt notwendig ist, das Reichsmarineamt weiterhin unter der Kontrolle des Meer-Ausschusses bestehen zu lassen und die Arbeiter in den Meer-Ausschuss aufzunehmen, um zu verhindern, daß nicht mit den Weibern des deutschen Volkes gewirtschaftet wird wie früher. Sie verurteilt die Maßnahmen der reaktionären Behörden und fordert von dem Meer-Ausschuss mit allen Mitteln die Rechte der Marine sowie der Arbeiter der Marine-Staatsbetriebe zu verweigern zur Erzeugung der sozialistischen Wirtschaftsweise. Sie fordert die Einstellung ähnlicher Ausschüsse bei sämtlichen Reichsämtern. Sollte die Reduzierung zur Durchführung gelangen, behält sich der Arbeiter- und Soldatenrat weitere Stellungnahme vor.

Unruhen in München.

München, 3. Januar (TU.). Die gestrigen ArbeitslosenDemonstrationen führten zu blutigen Zwischenfällen. So wurden etwa hundert Arbeitslose das Ministerium des Reichers. Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen und schweren Drohungen gegenüber dem Minister Unterleitner. Nachdem die Ruhe wiederhergestellt war, fielen plötzlich auf der Straße Schüsse. Das war das Signal zu einem blutigen Kampfe, zwei Tote, ein schwerer und 4 leichter Verwundete blieben auf dem Kampfplatz. Berliner Sozialisten und Münchener Kommunisten hatten, wie die „Münch. Augsb. Abendztg.“ meldet, die Demonstranten aufgehetzt. Von wem die verhängnisvollen ersten Schüsse abgegeben worden waren, ist unbekannt. Ein Student und ein Matrose sind verhaftet. Minister Unterleitner mahnt in einem Aufruf die Arbeiter, sich nicht zu Rächen und zum Bürgerkrieg mitzuraufen zu lassen. Sie könnten durch Verhandlungen ihre Forderungen zur Erfüllung bringen. Wie gleichzeitig gemeldet wird, kam es auch in Nürnberg zu einem Putz, wobei Sozialisten die Aktion und die Druckerei der sozialdemokratischen „Bayerischen Tagespost“ besetzten.

Unzufriedenheit in England.

Unruhen unter den britischen Truppen.
Englische Blätter veröffentlichen folgende amtliche Mitteilung des Kriegsamtes:

Die Unruhen, die in den letzten Tagen unter den nach in England verabschiedeten Urlaub nach Frankreich zurückkehrenden Truppen ausgebrochen waren, wurden heute Abend durch Verfügungen des kommandierenden Generals mit den Vertretern der Soldaten in schiedlicher Weise beigelegt. Die Behörden des Kriegsamtes und die Mitglieder der Demobilisierungsabteilung im Arbeitsministerium sind damit beschäftigt, jeden einzelnen Teil der Demobilisierung in individueller Weise zu prüfen. Infolge der Schwierigkeiten wurde es notwendig, Kollektive vorläufig als Einschiffungsbasen zu verbieten. Die Abreise der Mannschaften der Garde aus London ist durch diese Umstände verzögert worden.

Dazu wird der „D. Aug. Zeit.“ aus dem Haag noch gemeldet:

So sehr vor einer Übersetzung englischer Unruhen sowie Streiks bei der Demobilisierung gewarnt werden muß, kann doch deren ernste Bedeutung nicht verkannt werden. Soweit die vorliegenden Londoner Berichte bei der immer noch bestehenden sehr strengen Zensur ein Urteil zulassen, sind die Unruhen dadurch entstanden, daß die von Frankreich nach Hause beurlaubten Soldaten sich weigerten, nach Frankreich zurückzukehren und diejenigen, die zur Rückkehr bereit waren, mit Gewalt davon abhielten. Die Vorwände ereigneten sich gleichzeitig in den Verschiffungshäfen Folkestone, Dover und Chatham, woraus auf eine Verabredung geschlossen wird. Die Vorgesetzten haben die gefährliche Lage ein und verhandelt mit Vertretern der Mannschaften. Sie mußten sich zu weitgehenden Zugeständnissen verstehen.

Reisende aus England berichten mir, daß die Bewegung keineswegs zu unterschätzen sei und im ganzen Lande wachsende Unzufriedenheit wegen der langsamen Demobilisierung und Arbeitslosigkeit herrsche. Im Zusammenhang mit dieser Lage steht auch der Entschluß von dem Einmarschieren in Rußland abgesehen, wenigstens vorerst.

Die Bedeutung des ganzen Vorganges scheint in der Hauptsache darin zu liegen, daß die Friedensverhandlungen beschleunigt werden.

Arbeitsunruhen.

Haag, 3. Januar. Aus London meldet „Hollands Nieuws Bureau“: Es liegen verschiedene Meldungen vor über ernste Arbeiterunruhen in England, die teilweise mit der Bewegung unter den Soldaten zusammenhängen. Der Streik der Brighton-Eisenbahner hat sich stark gesteigert. Viele Arbeiter anderer Berufs haben sich angeschlossen. Auch die Zentralwerkstätten der Eisenbahn liegen still, während ein großer Teil der Maschinen und Signalwärter sich ebenfalls an dem Ausstand beteiligen. Es wurde vorgestern Abend eine Versammlung abgehalten, worin der Generalstreik angedroht wurde, wenn man nicht mit der Gewaltsamkeit zur Einigung komme. Hierdurch entstehen auch Schwierigkeiten in der Schiffbauindustrie. Auf mehreren Werften weigerten sich die Arbeiter, sich mit der neuen Arbeitszeit von 45 Stunden wachsendlich zu begnügen. Ueberall in Schottland streiken die Schiffswerker. Durch den Streik der Eisenbahn erleidet auch die Demobilisierung großen Zeitverlust.

Die Entente gegen den Vormarsch der Polen.

Freiburg, 1. Januar. Nach den der „Ostdeutschen Rundschau“ angehenden Mitteilungen hat Paderewski in Polen erklärt, daß die Entente mit dem Vorgehen der Polen nicht einverstanden sei und ihnen die Provinz Polen nicht zuspreche.

Der Bergarbeiterstreik.

Hamborn, 3. Januar. (Telunion.) Die Streikbewegung hat nunmehr auch auf die bisher vom Streik verschont gebliebene „Friedrich-Wilhelm-Hütte“ in Mülheim (Ruhr) übergegriffen, nachdem die Bergleute von den aus Hamborn eingetroffenen Spartealisten bearbeitet worden war. Die Führung liegt in den Händen jugendlicher Arbeiter, die aber die älteren mitziehen. Der Ausstand begann um 10 Uhr, nachdem die von der Arbeiterkassette gestellten Forderungen auf Erhöhung des Stundenlohnes und einer einmaligen Zulage von der Betriebsleitung abgelehnt worden war. Der Streik soll nunmehr bis zur Bewilligung dieser Forderungen fortgesetzt werden. Ein Direktor der Betriebsleitung wurde von den Ausständigen bedroht. Verhandlungen zur Tilgung des Streiks sind eingeleitet.

Politische Nachrichten.

Renüchierung der Regierung in Mecklenburg. Wie die Landeszeitung für die Provinz Mecklenburg von zuständiger Stelle erzählt, hat sich vor der morgigen Sitzung der Wiedereröffnung des Landtages Anlaß zu einer Neubildung des Ministeriums ergeben. An Stelle des Dr. Stubmann, der Chef der Finanzabteilung blieb, hat der Sozialdemokrat Hans Krüger den Vorstoß übernommen. Dr. Biner und Dr. Weber sind aus dem Ministerium ausgetreten, bleiben aber der Regierung als Delegierte angeschlossen.

St. St. azenbahner streiken.

Unsere heute morgen ausgesprochenen Erwartungen, daß es nicht zu einem großen Verkehrsstreik bei der Großen Berliner Straßenbahn kommen würde, sind nicht eingetroffen. Die gestrigen Sonntagmorgen Versammlungen des Straßenbahnerclubs haben in ihrer Mehrzahl beschlossen, sich nicht mehr durch lange Verhandlungen hingehen zu lassen, sondern durch einen sofortigen Streik

ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen.

Diese Forderungen sind, wie wir schon bemerkten, unter den heutigen Verhältnissen, wirklich nicht übertrieben zu nennen. Ein Monatslohn von 400 Mark für Schaffner und Führer muß als das Existenzminimum eines Menschen betrachtet werden, der so schwere körperliche und auch — das kann man jetzt getrost sagen — nervenzerstörende Arbeit zu verrichten hat. Denn diese Tätigkeit auf einem Straßenbahnwagen stellt bei den heutigen Verkehrsverhältnissen — das kann jeder Einzelne täglich beobachten — an die physischen Kräfte des Menschen erhebliche Anforderungen. Das konnte man schon während des Krieges beobachten, wo der Wechsel des Personalis ein ständiger war. Die Frauen, die an die Stelle der Männer zu treten hatten, hielten den schweren Dienst in der Regel gar nicht aus und schamweise verließen sie wieder die sichere Professe, die ihnen geboten war, da ihre Kräfte schon nach kurzer Zeit den Dienst verließen.

Nicht nur die Verkehrsverhältnisse noch schlimmer geworden; der Zubrang zu den Straßenbahnen ist härter als zuvor. Es ist schon eine Qual, sich nur einige Minuten lang als Passagier auf einem Straßenbahnwagen zu befinden, wobei mehr müssen die Menschen aushalten, die gezwungen sind, täglich acht und manchmal noch mehr Stunden in dieser drangvoll fürchterlichen Enge eines solchen Straßenbahnwagens sich hin und her zu bewegen. Wie wissen nicht, wie hoch die Krankheitsrate der Angestellten der Großen Berliner ist; aber ein Wunder wäre es, wenn sie niedriger läge. Ebenfalls, so behaupten wir, werden die Angestellten der Straßenbahn sehr von niemand bedient, und wenn sie auch noch trachten, sich ihren anstrengenden Dienst wenigstens ein wenig lohnen zu lassen, so werden ihnen die Sympathien keine Tarifverhandlungen erschnitten sein werden.

Wir glauben auch nicht, daß sich die Direktion der Großen Berliner diesem Standpunkt verweigert. Aber bei ihr kommen in erster Linie kapitalistische Interessen in Frage, die Interessen ihrer Aktionäre, die natürlich ihrerseits ihren Profit auch nicht schmälern lassen wollen. Die Direktion hat daher, — so wird uns berichtet — sich bereit erklärt, die Lohnforderung zu bewilligen, aber nicht sofort. Sie will erst dafür sorgen, daß andere den Profitausfall für die Aktionäre bezahlen, und das sucht sie durch eine abermalige Erhöhung der Straßenbahnkarfare zu erreichen. Da das nicht im Handumdrehen geschehen kann, sondern erst noch Verhandlungen mit den in Betracht kommenden Körperschaften nötig sind, vertritt die Direktion die Angestellten auf die Zeit, wo ihr diese Tarifverhandlungen genehmigt worden sind.

Doch die Straßenbahner wollen und können nicht so lange warten. Es können Wochen, unter Umständen auch Monate vergehen, ehe sie dabei zu ihrem Ziele gelangen, und ob sie es dann erreichen, ist noch eine andere Frage. Daher haben sie sich auf den Standpunkt gestellt, durch einen sofortigen Streik der Direktion ein Ultimatum zu stellen.

Ganz überraschend ist dieser Streik so nicht gekommen. Man hätte schon längst vorher, daß mit dieser Möglichkeit zu rechnen war, und auch der Tag des Ausbruchs war einigermaßen bekannt. Daher richteten sich auch die meisten Menschen, die gezwungen sind, täglich einen langen Weg nach ihrer Arbeitsstätte mit dem Wagen der Großen Berliner Straßenbahn zurückzulegen, heute morgen darauf ein, und standen entsprechend früher auf, um diesmal den Weg auf Schuhters Klappen zurückzulegen. Das ist natürlich für den verdünnten Großstädler eine starke Unbequemlichkeit, aber sie muß eben in Kauf genommen werden, denn das Recht, das jedem anderen zusteht, durch Arbeitsverlegung einen Vorteil zu erlangen, muß man natürlich auch den Straßenbahnern zugestehen. Wir wollen ja wünschen, daß diese Unbequemlichkeit bald wieder vorüber ist, aber wir hoffen, daß sich das Publikum selbst durch einen längeren Streik nicht zu Reklamationen gegen die Exzellenzen verleiten läßt.

In der gestern mittag am Großen Stern abgehaltenen Massenversammlung der Straßenbahner wurde einstimmig beschlossen, im Streik zu verharren, unter Annahme der Vermittlung des Berliner Gewerkschafts. Der Führerkommission wurde aus den Reihen je 1 Mann zugewiesen, um die Fortdauer bei der Direktion zu vertreten.

Aus den Organisationen.

Tempelhof, Morgen, Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr, findet in der Aula des Reichsministeriums, Kaiserin-Augustastr. 1, eine öffentliche Versammlung statt. Der Gewerkschaftssekretär, Genosse Franz Rogge, spricht über: „Die U. S. V. D. und die Wahlen zur Nationalversammlung“.

Hönigental, Repentin, Png, Schönew, Pilsch, Donnerstag, den 3. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im Lokal der Genossen Lange, Hönigental, Pilsch, 10-11: Mitgliederversammlung der U. S. V. D. Der wöchentlichen Tagesordnung wegen ist das Erscheinen aller Genossen und Genossinnen unbedingt notwendig. Männer und Frauen, die auf dem Boden der U. S. V. D. stehen, sind hiermit eingeladen. Die Begrüßung

Verantwortlich für die Redaktion: Alfred Wielepp, Neuhöllm. — Druck der Lindenbrücke und Verlagsgesellschaft m. b. H. Schiffbauerdamm 14.